

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 57. und 58. Ratssitzung vom 8. Juli 2015

1122. 2015/128 Weisung vom 13.05.2015: Finanzverwaltung, Zusatzkredite I. Serie 2015

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- A. Für das Jahr 2015 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

| Art | Laufende Rechnung Fr. | Investitions- rechnung Fr. |
|------------------------|-----------------------------|----------------------------------|
| 1. Zusatzkredite | 8 227 700 | 6 565 200 |
| 2. Kreditübertragungen | + 2 098 100 – 2 698 100 | +5 900 000 –5 300 000 |
| Zusatzkredite brutto | 7 627 700 | 7 165 200 |

- B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

| | Laufende Rechnung Fr. | Investitions- rechnung Fr. |
|---|-----------------------------|----------------------------------|
| – den Zusatzkrediten von | 8 227 700 | 6 565 200 |
| – den Kreditübertragungen von | +2 098 100 | +5 900 000 |
| auf anderen Konten gegenüberstehen: | | |
| – verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von | – 2 698 100 | –5 300 000 |
| – Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von | – 2 840 300 | – |
| sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von | 4 787 400 | 7 165 200 |

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt die Präsidentin Rebekka Wyler (SP) die Weisung zu den Zusatzkrediten I. Serie 2015 vor und vertritt die Kommissionsmehrheit.

Rebekka Wyler (SP): Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat die Genehmigung von Zusatzkrediten und Kreditübertragungen in der laufenden Rechnung. Insgesamt wurden in der RPK neunundzwanzig Anträge eingereicht. Über diese werden wir nun im Detail diskutieren. Umstrittene Themengebiete sind unter anderem Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter in verschiedenen Bereichen, verschiedene Vorhaben im Tiefbau sowie Stellenverschiebungen. Der Stadtrat beantragt über Dispositivpunkt A die Bewilligung der erwähnten Zusatzkredite und Kreditübertragungen und über Dispositivpunkt B die Kenntnisnahme der Mehr- und Mindererträge. Die Mehrheit der Kommission beantragt die Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten.

Kommissionsminderheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die Schulden sind seit 2011 um 540 Millionen Franken gestiegen. Das Eigenkapital ist von 724 auf 667 Millionen Franken gesunken. 8,5 Milliarden Franken Aufwand reichen dem Stadtrat nicht, um die Aufgaben der Stadt vollumfänglich zu erfüllen. Er beantragt zahlreiche Zusatzkredite. Zu diesen haben wir verschiedene Anträge gestellt. Die Minderheit wird die Zusatzkredite als Ganzes in der Schlussabstimmung voraussichtlich ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP strebt ein ausgeglichenes Budget an und kann weitere Ausgaben über Zusatzkredite nicht befürworten. Verschiedene Anträge wurden von uns gestellt oder werden von uns unterstützt. Wir werden uns je nach Resultat der Debatte der Mehrheit oder der Minderheit anschliessen.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2015 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Beim ersten Antrag geht es um einen Zusatzkredit von 50 000 Franken für ein neues EDV-Tool für die RPK, das Vereinfachungen in der Behandlung von Budget und Rechnung ermöglichen soll. Die Minderheit vertritt die Meinung, dass man nicht nur der Stadtverwaltung Sparaufträge geben sollte, sondern dass der Gemeinderat bei sich selbst anfangen und das Wünschbare vom Nötigen trennen sollte. Wir beantragen deshalb, den Zusatzkredit nicht zu genehmigen.

Walter Angst (AL): Beratungen der Finanzgeschäfte sind auf dem Extranet für alle

Mitglieder des Gemeinderats ersichtlich. Es handelt sich um ein grosses Kompendium an Fragen, Antworten und Dokumenten. So, wie dieses derzeit aufbereitet ist, können die RPK und die Mitglieder des Gemeinderats ihre Budgetverantwortung nur sehr eingeschränkt wahrnehmen. Das neue EDV-Tool soll jedem Ratsmitglied die Möglichkeit geben, die Entwicklung der Finanzaufgaben über die letzten fünf Jahre nachzuvollziehen und auf sämtliche Fragen und Antworten zugreifen zu können, die in den letzten Jahren zu den entsprechenden Konten gestellt wurden. Wenn der Gemeinderat seine Verantwortung für das Budget ernst nehmen will, sollte er dieser Neuerung zustimmen.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Man kann geteilter Meinung darüber sein, ob es das RPK-Tool braucht. Doch es ist der falsche Zeitpunkt, um dieses einzuführen. Mit dem neuen kantonalen Gemeindegesetz wird die Stadt eine Umstellung in ihrer Rechnungslegung vornehmen: Konten werden nicht mehr eins zu eins verschoben werden können. Man müsste bei der Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) beim Tool nochmals bei Null beginnen. Mein Verständnis dafür hält sich in Grenzen. Wir sollten warten, bis die Umstellung auf HRM2 erfolgt ist, und den Grundsatzentscheid bis dahin vertagen. Dann könnte man das Tool direkt für HRM2 entwickeln und müsste es nicht nach kurzer Zeit neu anpassen.*

Rebekka Wyler (SP): *Die Rechnungslegung wird nicht vollständig umgekrempelt. Eine gewisse Vergleichbarkeit wird vorhanden sein. Die Konten sind miteinander in Beziehung zu bringen. Es wird kleine Anpassungen geben. OIZ hat uns zugesichert, dass diese ohne grösseren finanziellen und personellen Aufwand umgesetzt werden können. Das Tool wurde bereits zwischen 2008 und 2010 angedacht und sollte nun endlich umgesetzt werden. Es soll dem gesamten Gemeinderat dienen. HRM2 wird erst 2019 definitiv eingeführt. Wir möchten das Tool auch vor dieser Umstellung nutzen können. Es hilft uns, das Budget und die Rechnung besser zu prüfen.*

Felix Moser (Grüne): *Es ist der richtige Zeitpunkt für die Einführung des Tools. Das Tool wird zahlreiche Vereinfachungen für die RPK, für die Verwaltung und alle Gemeinderäte mit sich bringen, die an Fragen und Antworten interessiert sind. Es müssen nicht mehr Dutzende von Dateien hin- und herschickt werden. Es steht alles am gleichen Ort zur Verfügung. Wir sollten nicht länger mit der Umsetzung zuwarten.*

Michael Baumer (FDP): *Fakt ist: Das Projekt ist bereits sehr alt. Wenn wir den Stadtrat auffordern, keine Zusatzkredite zu beantragen, können wir nicht bei uns selbst Ausnahmen machen. Wir lehnen den Zusatzkredit deshalb ab.*

Andreas Kirstein (AL): *Die SVP vertritt – durchaus zu Recht – immer wieder die Meinung, man müsse das Finanzgebahren des Stadtrats genau verfolgen und über mehrere Jahre betrachten, man müsse eingreifen und eine andere Politik machen. Nun soll ein entsprechendes Tool zur Verfügung gestellt werden, doch genau jetzt will sich die SVP aus prinzipiellen Gründen dieses Instrument selber aus der Hand schlagen.*

Markus Hungerbühler (CVP): Die 50 000 Franken sind gut begründet. Das Tool soll beim Budget 2017 eingesetzt werden können. Es wird zu Vereinfachungen und auf längere Sicht insgesamt auch zu Einsparungen führen. Es wäre falsch, das Tool zum heutigen Zeitpunkt mit fadenscheinigen Begründungen abzulehnen.

Martin Luchsinger (GLP): Man kann durchaus argumentieren, dass dieses Tool regulär hätte budgetiert werden sollen. Wir sollten aber jetzt die Chance wahrnehmen, das Tool einzuführen. Es ist ein Bedürfnis nach Transparenz und ein Interesse an der genaueren Betrachtung von Zahlenreihen und deren Entwicklung vorhanden. Die Umsetzung ist keine grosse Sache. Es ist alles verlinkbar. Möglicherweise können die 50 000 Franken durch die erhöhte Transparenz sogar später wieder eingespart werden oder das Tool könnte längerfristig zu weniger zusätzlichen Ausgaben führen.

Mauro Tuena (SVP): Beim Tool geht es nicht um 50 000 Franken, sondern insgesamt um 200 000 Franken. Wenn man ein IT-Projekt startet, wird dieses stets in den Himmel gelobt. Möglicherweise bringt das Tool für den Gemeinderat Erleichterungen, doch es bleibt offen, ob dies auch für die Verwaltung zutrifft. Wir haben kritische Stimmen aus verschiedenen Departementen gehört. In einer Zeit, in der das Eigenkapital dahinschmilzt und Ende 2018 aufgebraucht sein wird, sollte der Gemeinderat nicht noch sich selbst Projekte wie dieses genehmigen.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|---|------------|--|
| S. 2 | 10 1005 3910 0000 | Behörden und Gesamtverwaltung Gemeinderat Vergütung an OIZ für IT-Leistungen | | |
| 1) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 50 000 | Mehrheit | Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit |
| | Verbesserung | 50 000 | | |
| | Begründung | Nicht notwendig | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-minderheit:

5 / 37

Roger Liebi (SVP): Es geht um einen Zusatzkredit von 97 000 Franken für Überbrückungszuschüsse wegen vorzeitiger Altersrücktritte. Wir streben ein ausgeglichenes Budget an. Man müsste mit dem Personal darüber sprechen, bis wann vorzeitige Rücktritte eingereicht werden müssen. Die Abläufe müssten so gestaltet werden, dass sie einigermaßen budgetierbar sind.

Walter Angst (AL): Die Rechtsgrundlagen müssen eingehalten werden. Laut Personalrecht hat man bei vorzeitigem Altersrücktritt Anspruch auf diese Gelder. Es wäre nicht sinnvoll, in den Personalversicherungsbeiträgen Reserven für einige wenige vorzeitige Altersrücktritte hinzuzufügen, nur damit kein Zusatzkredit beantragt werden muss. Wenn aber jemand wieder erwerbstätig wird, während er vom Überbrückungszuschuss profitiert, sollte eine Rückzahlung verlangt werden können. Die RPK hat den Stadtrat aufgefordert, bei diesem Thema zu handeln und nicht auf die HR-Strategie zu warten.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Auch wir befürworten einen verlässlicheren Budgetierungsprozess. Bei vorzeitigem Altersrücktritten und Abgangsentschädigungen wollen wir nicht, dass Personen, die einen neuen Job haben, entsprechende Zahlungen nicht zurückzahlen. Hier muss so schnell wie möglich eine Lösung gefunden werden.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|--|--|--|
| S. 2 | 10 1007 3040 0000 | Behörden und Gesamtverwaltung Finanzkontrolle Personalversicherungsbeiträge | | |
| 2) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 97 000 | | Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | | Minderheit Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | | Abwesend Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit |
| | Verbesserung | 97 000 | | |
| | Begründung | Besser planen, ordentlich budgetieren | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Der Zusatzkredit für das Bevölkerungsamt wird damit begründet, dass der Gemeinderat bei der letzten Budgetdebatte Budgetkürzungen bei gebundenen Ausgaben vorgenommen hat. Die 500 000 Franken würden für Migrationsgebühren und das Erstellen von Identitätskarten benötigt. Grundsätzlich sind die Budgetkürzungen des Rats umzusetzen. Bei einem Jahresetat von 48 Millionen Franken, über die das Bevölkerungsamt verfügen kann, sollte eine Kompensation von 500 000 Franken ohne weiteres möglich sein. Der Zusatzkredit ist deshalb abzulehnen.

Walter Angst (AL): Die AL hat sich in der Budgetdebatte vom Dezember vehement gegen die pauschalen Budgetkürzungen um 10 % gewehrt. Wir haben darauf hingewiesen, dass die Kürzungen in verschiedenen Bereichen nicht umsetzbar sein würden und es zwingend zu Zusatzkreditanträgen kommen werde. Das Bevölkerungsamt ist ein Beispiel dafür. Gewisse Ausgaben können beim Bevölkerungsamt nicht gekürzt werden. Dies wurde eindeutig dokumentiert. Bei der Durchsicht der konkreten Posten sind wir zum Schluss gekommen, dass es durchaus Spielraum für weitere Einsparungen gibt. Wir haben diese auf 100 000 Franken geschätzt und schlagen einen reduzierten Zusatzkredit vor.

Andrea Nüssli (SP): Mit den Zusatzkrediten musste gerechnet werden. Die Kürzungen können so nicht umgesetzt werden. Der Zusatzkredit ist für uns nachvollziehbar. Zudem sind es immerhin 40 000 Franken weniger als damals im Budget.

Weitere Wortmeldung:

Samuel Dubno (GLP): Die GLP schliesst sich den Argumenten der AL an. Wir sind der Meinung, dass eine Kürzung um 100 000 Franken der richtige Weg ist.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|--|-----------------|---|
| S. 3 | 15 1530 3180 0000 | Präsidialdepartement Bevölkerungsamt Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | |
| 3) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 500 000 | Mehrheit | Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) |
| | Neu 1 Verbesserung 1 | 0 500 000 | Minderheit 1 | Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Begründung 1 | Kürzungen auf Konto 3180 einsparen oder mit anderen Ausgaben kompensieren | | |
| | Neu 2 Verbesserung 2 | 400 000 100 000 | Minderheit 2 | Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP) |
| | Begründung 2 | Zusatzkredite auf nicht beeinflussbare Ausgaben beschränken | | |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit 1 |

7 / 37

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 2:

| | | |
|--------------------------|-----------|-------------------|
| Antrag Stadtrat/Mehrheit | (500 000) | 53 Stimmen |
| Antrag Minderheit 1 | (0) | 42 Stimmen |
| Antrag Minderheit 2 | (400 000) | <u>28 Stimmen</u> |
| Total | | 123 Stimmen |
| = absolutes Mehr | | 62 Stimmen |

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 62 gegen 42 Stimmen zugestimmt. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): OIZ musste beim Budgetprozess im vergangenen Dezember eine Kürzung von 383 900 Franken entgegen nehmen. Diese ist nicht umsetzbar. Über einen Zusatzkredit sollen nun 300 000 Franken wieder hineinfliesen. Es geht um Ausgaben, die schon längerfristig beschlossen wurden und bei denen Verträge bestehen. Es gibt aber offenbar Verträge, die erst im Januar 2015 abgeschlossen wurden. Man hätte die Budgetkürzung des Gemeinderats somit durchaus ernst nehmen und diese Verträge anpassen können.

Walter Angst (AL): Bei der Budgetdebatte haben wir den Antrag gestellt, dass bei den grossen Posten richtungsweisende Entscheide getroffen werden sollen, in welchen Bereichen Reduktionen notwendig sind. Bei den IT-Mieten und Benutzungskosten wurde dann nochmals gekürzt. Das ist bei OIZ schwierig, da genau budgetiert wird und Verpflichtungen gegenüber den Dienstabteilungen bestehen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass der Zusatzkredit begründet ist. Er dient zur Umsetzung von wichtigen Projekten bei den VBZ und der Stadtpolizei.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|---|------------|--|
| S. 4 | 20 2080 3162 0000 | Finanzdepartement Organisation und Informatik IT-Mieten und Benutzungskosten | | |
| 4) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 300 000 | Mehrheit | Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP) |
| | Verbesserung | 300 000 | | |
| | Begründung | Gemäss Budget 2015 | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Es geht um die Weiterentwicklung der Polizeiinformatik. Bei der Stadtpolizei soll eine Koordinationsstelle aller Polizeien der Schweiz eingerichtet werden. Die Harmonisierung der Polizeiinformatik ist sicher aus finanzieller Sicht sinnvoll, es soll nicht jeder Kanton sein eigenes Programm entwickeln. Die Stadt leistet einen Beitrag an eine gemeinsame Institution, das Geld wird aber wieder zurückfliessen. Bei der Harmonisierung geht es darum, dass kantonale oder lokal aufgebaute Systeme verknüpft werden. Die Harmonisierung ist notwendig. Es müssen allerdings klare Rahmenbedingungen auf der Ebene des Datenschutzes geschaffen werden. Wir wollen, dass sich Bewohnerinnen und Bewohner weiterhin als freie Menschen bewegen können.

Florian Utz (SP): Ich schliesse mich der Meinung von Walter Angst (AL) grösstenteils an. Datenschutzfragen müssen ernst genommen werden. Dennoch: Wenn wir heute den Zusatzkredit ablehnen, heisst das nicht, dass das Projekt gestoppt wird und eine ausführliche datenschutzrechtliche Debatte stattfinden wird. Es wird lediglich ein anderes Polizeikorps die Aufgabe übernehmen und die notwendigen Stellen schaffen. Da habe ich mehr Vertrauen in unseren Stadtrat. Wenn Stellen bei der Stadtpolizei Zürich geschaffen werden, werden diese Fragen ernst genommen und es werden nicht beliebig Daten ausgetauscht werden. In diesem Sinne werden wir dem Zusatzkredit zustimmen.

Weitere Wortmeldung:

Samuel Dubno (GLP): Die Aktualisierung muss kommen. Die Stellen sind refinanziert. Der Datenschutz muss hochgehalten werden. Wenn wir diese Aufgabe nicht übernehmen, tun dies andere, zum Beispiel der Kanton oder etwa St. Gallen. Eine Chance auf eine politische Diskussion haben wir am ehesten in diesem Rat.

| | | | | |
|-----------|--|---|------------|---|
| S. 4 | 25 2520 3018 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000 | Polizeidepartement Stadtpolizei Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV) Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge | | |
| 5) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 140 300 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Enthaltung | Samuel Dubno (GLP) |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP) |
| | Verbesserung | 140 300 | | |
| | Begründung | Vor Engagement bei HPI Datennutzung klären | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 30 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Bei den Entschädigungen der IT-Leistungen Dritter bei der Stadtpolizei wurde vom Gemeinderat einstimmig eine Kürzung vorgenommen. Die sehr hohen IT-Ausgaben der Stadtpolizei wurden auf ein halbwegs vertretbares Niveau reduziert. Die nun via Zusatzkredit beantragten Projekte können aber unserer Meinung nach entweder kompensiert werden, indem andere Projekte zurückgefahren werden, oder auf 2016 verschoben werden, ohne dass die Sicherheit der Stadt Schaden nehmen wird.

Florian Utz (SP): Es geht um die finanzpolitische Frage, ob es sinnvoller ist, das Projekt in diesem oder erst im nächsten Jahr durchzuführen. Wir gehen nicht davon aus, dass es im nächsten Jahr günstiger wird. Wir sind aber der Meinung, dass das Budget für die Stadtpolizei bereits sehr stark zurückgefahren wurde. Wir haben diese Kürzungen mitgetragen. Doch auch mit dem Zusatzkredit liegt das Budget für die IT der Stadtpolizei deut-

10 / 37

lich unter dem Vorjahresniveau und deutlich unter den Budgets der letzten zehn Jahre. Deshalb hält die Mehrheit das vergleichsweise kleine Supplement für vertretbar.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|--|------------|---|
| S. 4 | 25 2520 3189 0000 | Polizeidepartement Stadtpolizei Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter | | |
| 6) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 150 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Enthaltung | Samuel Dubno (GLP) |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP) |
| | Verbesserung | 150 000 | | |
| | Begründung | Anpassungen auf 2016 verschoben oder mit anderen Ausgaben kompensieren | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 30 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Wir sehen nicht ein, warum das Polizeirichteramt zusätzlich 12 000 Franken für Personalwerbung erhalten soll. Der Stadtrat sieht bei mehr Personal, zum Beispiel bei den Verkehrskontrollen, eine zusätzliche Einnahmequelle. Hier wird der Bürger sowieso nur unnötig schikaniert. Wird eine Stelle dringend benötigt, sollten diese 12 000 Franken auch im ordentlichen Budget untergebracht werden können.

Florian Utz (SP): Es geht darum, eine bestehende Stelle zu ersetzen. Dies konnte nicht vorausgesehen werden und deshalb wurde knapp budgetiert. Die Mehrheit findet es richtig, dass knapp budgetiert wird und nicht alle Eventualitäten ins Budget einbezogen werden. Ebenso richtig ist es, dass ein Zusatzkredit beantragt wird, wenn eine dieser Eventualitäten eintritt.

| | | | | |
|-----------|----------------------------------|---|------------|--|
| S. 5 | 25 2525 3092 0000 | Polizeidepartement Stadtrichteramt Personalwerbung | | |
| 7) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 12 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit |
| | Verbesserung | 12 000 | | |
| | Begründung | Ordentlich budgetieren | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Die Mehrheit der RPK fordert die Streichung des Zusatzkredits auf diesem Konto. Innerhalb der Mehrheit gibt es unterschiedliche Meinungen, warum der Antrag abgelehnt werden sollte. Aus der Sicht der SVP kann der Antrag, sofern der Betrag dringend nötig ist, im Zusammenhang mit dem ordentlichen Budget gestellt werden. Es ist aber nicht nötig, ein Zusatzkredit zu beantragen.

Christian Traber (CVP): Die Ausgabe ist gut begründet. Die Sanierung der Höggerstrasse wurde geplant und sollte nun umgesetzt werden. Die Lärmsanierungen werden separat behandelt und haben nichts damit zu tun.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Wir sind nicht grundsätzlich gegen Zusatzkredite. Der Stadtrat hat die Höggerstrasse im Budget eingeplant, doch der Gemeinderat hat das Projekt aus dem Budget gestrichen mit der Argumentation, dass ein Projekt mit Tempo 30 bevorzugt werden sollte. Ein Projekt mit Tempo 50 ist nämlich rechtlich gar nicht zulässig, weil es die Anwohnerinnen und Anwohner zu stark belastet. Nun hat der Stadtrat einen Zusatzkredit beantragt. Aufgrund der Antworten des Stadtrats ist noch nicht klar, ob Tempo 30 beschlossen wird. Insofern werden wir dem Projekt erst zustimmen, wenn der Grundsatzentscheid für Tempo 30 vorliegt.

Mauro Tuena (SVP): Die Höggerstrasse war schon oft Thema im Gemeinderat. Man einigte sich auf einen Kompromiss: In der Umgebung des Schulhauses wird eine Zone mit Tempo 30 eingerichtet. Technische Tafeln werden während den Schulzeiten auf 30 eingerichtet. Nun wurde dies aber bereits ausgedehnt und im entsprechenden Teilabschnitt wurde eine generelle Tempo-30-Zone eingeführt. Da das Sicherheitsargument nicht mehr gilt, wird Lärm als Argument angeführt. Wenn man bauliche Massnahmen an einer Staatsstrasse vornimmt, braucht es jedoch die Unterschrift der Volkswirtschaftsdirektion. Wir werden alles daran setzen, dass es nicht dazu kommt.

| | | | | |
|-----------|-------------------------------|--|------------|--|
| S. 5 | 35 3515 513000 | Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Bau von Strassen: Sammelkonto | | |
| 8) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 150 000 | Minderheit | Christian Traber (CVP), Referent |
| | Neu | 0 | Mehrheit | Martin Bürlimann (SVP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP) |
| | Verbesserung | 150 000 | | |
| | Begründung | SVP: Auf nächstes Budget nehmen; SP/Grüne: Lärmsanierung muss inklusive Tempo 30 Massnahmen erfolgen | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 116 gegen 6 Stimmen zu.

Antrag 9)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Auch hier geht es um Massnahmen zur Lärmreduktion. Diese wurden bereits genügend geplant. Der Stadtrat verfügt über ein Konzept. Die 800 000 Franken werden nicht benötigt.

Felix Moser (Grüne): Der Parkring wurde in der letzten Budgetdebatte behandelt und gestrichen. Im Nachhinein hat sich herausgestellt, dass das Tiefbauamt falsche Zahlen geliefert hatte. Deshalb kann das Projekt nun unterstützt werden. Der zweite Teil des Betrags bezieht sich auf die Erstellung eines Lärmbelags in der Höggerstrasse. Aufgrund der Lärmschutzverordnung müsste allerdings zuerst Tempo 30 eingeführt werden. Aus unserer Sicht ist es falsch, wenn die Stadt zuerst den Belag erneuert und Tempo 30 zu einem nicht bekannten Zeitpunkt einführen will. Das Projekt sollte überarbeitet werden.

13 / 37

Christian Traber (CVP): Der Stadtrat hat korrekt budgetiert. Wir folgen deshalb dem Antrag des Stadtrats. Die Belagserneuerung ist meines Wissens erst für das nächste Jahr geplant.

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): Der Stadtrat hat der RPK eine Präsentation zur Verfügung gestellt, auf der alle Anpassungen ersichtlich sind. An der Höggerstrasse werden drei Parkplätze verschwinden. Dies an einem Ort, an dem es sonst schon sehr wenige Parkplätze hat. Das können wir nicht befürworten.

| | | | | |
|-----------|-------------------------------|--|-----------------|---|
| S. 6 | 35 3515 513901 | Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Sammelkonto | | |
| 9) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 800 000 | Minderheit 1 | Christian Traber (CVP), Referent |
| | Neu 1 Verbesserung 1 | 0 800 000 | Minderheit 2 | Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Begründung 1 | Gemäss Budget 2015 | | |
| | Neu 2 Verbesserung 2 | 100 000 700 000 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) |
| | Begründung 2 | Streichung Höggerstrasse: Lärmsanierung muss inklusive Tempo 30 Massnahmen erfolgen | | |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP) |

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 1:

| | | |
|------------------------------|-----------|-------------------|
| Antrag Stadtrat/Minderheit 1 | (800 000) | 6 Stimmen |
| Antrag Minderheit 2 | (0) | 41 Stimmen |
| Antrag Mehrheit | (100 000) | <u>75 Stimmen</u> |
| Total | | 122 Stimmen |

= absolutes Mehr

62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit mit 75 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 62 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

14 / 37

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Die Saumackerstrasse soll für 900 000 Franken umgebaut werden. Wir sind überzeugt, dass dies ordentlich budgetiert werden kann und nicht über einen Zusatzkredit beantragt werden muss.

Florian Utz (SP): Auch dieses Projekt wurde vom Gemeinderat aus dem Budget gestrichen. Wir waren nicht einverstanden mit der Gestaltung der Strassenoberfläche, insbesondere mit der Velowegführung. Das Tiefbauamt hat das Projekt leicht überarbeitet und die Situation mit den Velowegen hat sich leicht verbessert. Deshalb ist die Mehrheit bereit, im Sinne einer konstruktiven Lösung zuzustimmen.

| | | | | |
|------------|-------------------------------|---|------------|--|
| S. 6 | 35 3515 514675 | Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Erneuerungsunterhalt von Strassen: Saumackerstrasse, Abschnitt Haus Nr. 96–70 | | |
| 10) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 900 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Martin Bürlimann (SVP) |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit |
| | Verbesserung | 900 000 | | |
| | Begründung | Ordentlich budgetieren | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): Der betreffende kommunale Siedlungsrichtplan konnte offenbar erst im Rahmen der laufenden Beratung verlässlich geschätzt werden. Die Minderheit ist der Meinung, man hätte durchaus früher planen und budgetieren können.

Felix Moser (Grüne): Der kommunale Siedlungsrichtplan ist zentraler Bestandteil der

aktuellen Diskussion von Richtplan und Bau- und Zonenordnung (BZO). Die Planungsgrundlagen müssen vorhanden sein, damit man in den beiden Projekten weiterarbeiten kann. Im regionalen Richtplan wird häufig auf den kommunalen Siedlungsrichtplan verwiesen. Die 150 000 Franken sollten gesprochen werden, damit das Hochbaudepartement weiterarbeiten kann und die Diskussionen zu Ende geführt werden können.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 7 | 40 4015 3180 0000 | Hochbaudepartement Amt für Städtebau Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | |
| 11) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 150 000 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Abwesend | Roger Liebi (SVP), Referent Minderheit |
| | Verbesserung | 150 000 | | |
| | Begründung | Besser planen, ordentlich budgetieren | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Felix Moser (Grüne): Das Hochbaudepartement will zehn LCD-Werbebildschirme aufstellen. Die Einnahmen, die durch die Werbetafeln entstehen, werden in die Stadtkasse fliessen. Wir möchten aus verschiedenen Gründen auf diese Bildschirme verzichten. Es gibt in Zürich bereits eine sehr hohe Dichte an Werbung. Es braucht nicht an jeder Strassenecke Werbetafeln. Das Amt für Städtebau gab eine Umfrage zur Akzeptanz solcher Werbetafeln in Auftrag. Die Resultate der Umfrage sind allerdings schwierig zu werten, da teilweise suggestive Fragen vorkamen. Deshalb kann die Umfrage nicht als alleinige Begründung herbeigezogen werden, ob es die Werbetafeln unbedingt braucht und ob sie geschätzt werden. Zur Ökobilanz lautete die Antwort, man könne nicht im Voraus sagen, wie es mit der 2000-Watt-Verträglichkeit und der Ökobilanz aussehe. Das sollte meiner Meinung möglich sein. Des Weiteren möchten wir die bereits hohe Lichtverschmutzung nicht weiter fördern, indem wir noch mehr Lichtquellen aufstellen, die im Grunde unnötig sind.

Roger Liebi (SVP): Die Argumentationen der Grünen sind etwas gar beliebig. Die Grünen haben den Plan Lumière unterstützt, der mit seinen Beleuchtungen ebenfalls Lichtquellen produziert. Es geht einmal mehr um Ideologie: Die Grünen wollen keinen Kommerz in der Stadt. Sie sollten auch dazu stehen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): Uns stört Werbung nicht. Im Bereich der LCD-Werbung hat die Stadt eine Kehrtwende vollzogen. Vor einigen Jahren zog sie bis vor das Bundesgericht, um LCD-Werbung von Privaten zu verhindern. Es ist eine Wettbewerbsfrage und keine Frage der 2000-Watt-Gesellschaft oder dergleichen. Zuerst schaltet die Stadt die Privaten aus und will dann die Bildschirme selber aufstellen. Wir sind durchaus für Werbung, sie sollte aber von Privaten gemacht werden.

Samuel Dubno (GLP): Die Bildschirme werden von Privaten aufgestellt und betrieben, benötigen jedoch einen Stromanschluss. Das ist Sache der öffentlichen Hand. Konventionelle Plakatflächen in der Stadt wurden bereits reduziert. Auf die Umfrage hätte im Übrigen verzichtet werden können. Man kann den Fortschritt nicht aufhalten, indem man einen Zusatzkredit verhindert.

Andreas Kirstein (AL): Die AL lehnt den Zusatzkredit aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Wir wollen – zumindest auf öffentlichem Grund – eine werbefreie Stadt. Wir wollen keine weiteren Reklametafeln begünstigen und sind deshalb auch gegen das Verlegen von Stromanschlüssen, durch die das Betreiben dieser Tafeln ermöglicht wird.

| | | | | |
|------------|-------------------------------|---|------------|---|
| S. 7 | 40 4015 500004 | Hochbaudepartement Amt für Städtebau Übrige Tiefbauten | | |
| 12) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 250 000 | Mehrheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Enthaltung | Samuel Dubno (GLP) |
| | Verbesserung | 250 000 | | |
| | Begründung | Verzicht auf Erstellung von LCD-Werbebildschirmen | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

17 / 37

Antrag 13)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Es geht um Personalversicherungsbeiträge. Bei vier der hier vorliegenden Fälle ist der Altersrücktritt sicher und der Überbrückungszuschuss somit gerechtfertigt. Es gibt aber noch drei weitere, nicht definitive Rücktritte. Mit der grosszügigen Budgetierung sollen allfällige Rücktritte aufgefangen werden. Die Mehrheit der RPK kann dieses Vorgehen nicht befürworten. Es soll an der knappen Budgetierungspraxis festgehalten werden. Die Mehrheit beantragt eine Kürzung des beantragten Zusatzkredits um 110 000 Franken.

Roger Liebi (SVP): Der Stadtrat muss eine bessere Planbarkeit von Altersrücktritten erwirken. Dies etwa, indem Fristen fixiert werden, bis wann ein Altersrücktritt bekanntgegeben werden muss. Wir erfahren hier oft von kurzfristigen, nicht planbaren Rücktritten. Im Zusammenhang mit den Massnahmen zur Sanierung der maroden Stadtfinanzen wäre eine bessere Planbarkeit dringend angezeigt.

Weitere Wortmeldungen:

Hans Urs von Matt (SP): Es ist vorgesehen, dass man als Angestellter oder Angestellte der Stadt eine maximale Frist von einem halben Jahr hat. Auch in anderen Firmen sehen es die Pensionskassenreglemente so vor. Längere Fristen einführen zu wollen, um die Planbarkeit zu erhöhen, halte ich für arbeitnehmerfeindlich. Wir müssen diese Zusatzkredite sprechen. Das Personal hat dieses Recht im Personalrecht und im Reglement der Pensionskasse.

Roger Liebi (SVP): Die Frist ist das eine, die Höhe der Überbrückungszuschüsse das andere. Auch hier braucht es Diskussionen. Das Recht ist nicht sakrosankt. Man muss darüber diskutieren können. In diesem Sinne ist das Nein ein Auftrag an den Stadtrat, diese Politik zu überdenken und zu ändern.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 7 | 40 4035 3040 0000 | Hochbaudepartement Amt für Baubewilligungen Personalversicherungsbeiträge | | |
| 13) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 360 000 | | |
| | Neu 1 Verbesserung 1 | 0 360 000 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Begründung 1 | Ordentlich budgetieren | | |

| | | | | | |
|--|-------------------------|--|--|------------|---|
| | Neu 2 Verbesserung 2 | 250 000 110 000 | | Mehrheit | Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Begründung 2 | Die drei noch nicht definitiven Altersrücktritte bei Bedarf mit den ZK II beantragen | | | |
| | | | | Enthaltung | Felix Moser (Grüne) |

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge des Stadtrats und der Mehrheit:

| | | |
|-------------------|-----------|-------------------|
| Antrag Stadtrat | (360 000) | 0 Stimmen |
| Antrag Minderheit | (0) | 42 Stimmen |
| Antrag Mehrheit | (250 000) | <u>81 Stimmen</u> |
| Total | | 123 Stimmen |
| = absolutes Mehr | | 62 Stimmen |

Damit ist dem Antrag der Mehrheit mit 81 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 62 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Es geht um die Instandsetzung einer Kanalisation beim Pflegezentrum Käferberg und beim Verwaltungszentrum Zürich Nord. Inhaltlich ist dem Vorhaben nicht viel entgegenzusetzen. Wir verstehen allerdings nicht, dass die Ausgabe nicht ordentlich budgetiert wurde. Dass eine Kanalisation saniert werden muss, sollte schon früher klar sein. Gerade beim Pflegezentrum wurde kürzlich gebaut. Spätestens dort hätte dies auffallen müssen. Die Ausgabe muss ordentlich budgetiert werden.

Andrea Nüssli (SP): Es sind drei Bereiche, die diese zusätzlichen Planungskosten erfordern. Im Altersheim Sydefädeli stand die Erneuerung der Wärmeerzeugung an. Nun tauchten unerwartet Schadstoffbelastungen durch Asbest auf. Eine entsprechend angepasste Planung ist erforderlich. Auch im Pflegezentrum Käferberg war eine Teilsanierung der Kanalisation geplant. Diese war gut geplant, fällt nun aber umfangreicher aus und führt zu zusätzlichen Planungskosten. Zudem braucht es Planungskosten für die Instandsetzung des neuen Verwaltungszentrums Zürich Nord, welches so rasch wie möglich nutzbar sein soll. Es könnten Kosten eingespart werden, indem keine Büroräumlich-

19 / 37

keiten mehr zugemietet werden müssen. Die Planungskosten verursachen zwar im Moment zusätzliche Kosten, doch am Ende ergibt sich durch das rasche Vorankommen möglicherweise längerfristig sogar eine Einsparung.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Mit dem Votum von Andrea Nüssli (SP) wird der Budgetprozess obsolet. Wir haben für 2015 ein Budget erstellt. Das Verwaltungszentrum gehört in die normalen Budgetprozesse. Wenn es nicht mehr für 2015 gereicht hat, dann ist das nun mal so. Man kann nicht immer irgendwo Geld herholen, das niemand hat. Die Steuerzahler sollen nicht alle möglichen Wünsche und Begehrlichkeiten sofort zahlen müssen.

Andrea Nüssli (SP): Ich weise nochmals darauf hin: Wenn wir diesen Kredit weiter hinausschieben, geht es länger, bis wir ins Verwaltungszentrum einziehen können. Dadurch muss länger Miete für externe Räumlichkeiten bezahlt werden. Das kostet den Steuerzahler ebenfalls Geld.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|---|------------|---|
| S. 7 | 40 4040 3182 0000 | Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter | | |
| 14) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 1 150 000 | Mehrheit | Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürliemann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Enthaltung | Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP) |
| | Verbesserung | 1 150 000 | | |
| | Begründung | Ordentlich budgetieren | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) ist von einer

linearen Kürzung betroffen und beantragt nun einen Zusatzkredit. Viele Ausgaben auf diesem Konto, so etwa Fahrleistungen Dritter, können schlecht weggespart werden. Das DIB unternimmt durchaus Sparanstrengungen und hat diesen Zusatzkredit verdient. Es ist aber noch Luft nach oben vorhanden. Honorare und Beratungen, die den zweitgrössten Bereich innerhalb des Kontos darstellen, blieben bisher unangetastet. Ein Zusatzkredit von 2,3 Millionen Franken statt den vom Stadtrat vorgeschlagenen 2,5 Millionen Franken sollte dem DIB genügen.

Florian Utz (SP): *Bei den Kürzungen im Rahmen des Budgetprozesses wurde bereits darauf hingewiesen, dass auf diesem Konto nicht 10 % gestrichen werden können. Es handelt sich wie bereits erwähnt um Fahraufträge, gebundene Ausgaben und Verträge. Die Mehrheit ist der Meinung, dass bereits die Kürzung um 10 % falsch war. Aus unserer Sicht wäre es konstruktiver, die Kürzung rückgängig zu machen. Wir haben Vertrauen in den Stadtrat, dass er das Geld sorgfältig ausgibt.*

| | | | | |
|------------|----------------------------------|---|------------|--|
| S. 8 | 45 4540 3180 0000 | Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | |
| 15) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 2 500 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP) |
| | Neu | 2 300 000 | Minderheit | Samuel Dubno (GLP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Roger Liebi (SVP) |
| | | | Enthaltung | Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Verbesserung | 200 000 | | |
| | Begründung | Zusatzkredite auf nicht beeinflussbare Ausgaben beschränken | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 61 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

(Rückkommen siehe Sitzung Nr. 58, Beschluss-Nr. 1122/2015)

Antrag 16)

Dr. Daniel Regli (SVP): *Es geht um einen Zusatzkredit von 836 000 Franken, der vom Schulamt für den Einkauf von Mahlzeiten angefordert wird. Via Budget 2015 war uns eine Kosteneinsparung von 5 % versprochen worden. Man wollte unter anderem bei den Ergänzungseinkäufen – Salat, Gemüse, Dessert – massiv sparen. Die Kostensenkung wurde schlecht vorbereitet. Es wurde nicht mit realen Zahlen gerechnet, die Klippen und*

Unmöglichkeiten der Reduktion wurden nicht richtig eingeschätzt. In den Betreuungseinrichtungen wurde der Autonomiegrad nicht richtig eingeschätzt. Dort wurde autonom ergänzend eingekauft. So fallen nun bereits 50 % der vorgeschlagenen Kosteneinsparungen weg. Das können wir nicht akzeptieren. In einem derart grossen Budget gibt es Kompensationsmöglichkeiten. Der zweite Posten betrifft eine Rechnung von menuandmore über 588 000 Franken, die vom Schulamt nicht rechtzeitig im Dezember 2014 verbucht und erst im Januar 2015 bezahlt wurde. Das kann passieren. Doch auch hier könnte man auf den Zusatzkredit verzichten und den Betrag im Budget 2016 einfordern.

Andrea Nüssli (SP): *Im März 2015 wurde ein sehr umfangreiches Einsparungskonzept verabschiedet. Die Betreuung wurde in letzter Zeit aber massiv ausgebaut. Die Lebensmittelbeschaffung konnte damit nicht Schritt halten. Der Handlungsbedarf wurde erkannt, im Konzept wurden die Einkäufe besser strukturiert und das Konzept wird nun umgesetzt. Nur, weil die Hälfte des Budgets schon aufgebraucht ist, sollen die Kinder aber keine halben Portionen erhalten. Sie sollen weiterhin gesund und ausgewogen ernährt werden. Deshalb braucht es den Zusatzkredit. Die Idee der Budgetübertragung von 2014 nach 2016 scheint mir nicht sinnvoll. Man sollte den Fehler umgehend bereinigen.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Das Schulamt hat bei den Ausgaben pro Kopf bereits massive Reduktionen durchgeführt. Diese Massnahmen wurden im Rahmen von 17/0 durchgeführt. Wenn man bei der Lebensmittelversorgung in den Horten spart, werden Eltern ihre Kinder abmelden. Damit werden die Ziele, die mit der Tagesschule verfolgt werden, eins zu eins untergraben. Im Budget sind die Ausgaben pro Platz um 10 % gekürzt worden. Würde man die Rechnung von menuandmore in die Ausgaben von 2014 mit einberechnen, gäbe es für 2015 eine Reduktion der Ausgaben pro Kind von rund 7 %. Es wurde ein riesiges Projekt mit Vorschriften lanciert, wie die Horte das Geld einzusetzen haben. Die Autonomie wird massiv reduziert, obwohl die Situation in den einzelnen Schuleinheiten total unterschiedlich ist. Auch mit den Notmassnahmen, die per Juni 2015 gelten, kann das Budget nicht eingehalten werden. Würde die Autonomie erhöht, gäbe es eventuell ein Sparpotenzial. Doch mehr billige Mahlzeiten von menuandmore einzukaufen, ist keine sinnvolle Sparpolitik. Es ist eine Sparpolitik, die auf den Kindern, auf den Horten, und auf dem Kopf der Eltern ausgetragen wird.*

Roger Liebi (SVP): *Es ist absurd zu behaupten, man wolle über eine Hintertür die Horte abschaffen. Wir haben jahrelang darauf aufmerksam gemacht, dass dieser Kredit falsch eingestellt ist und die Ausgaben zu hoch sind. Es ist nicht das erste Mal, dass die Kontrolle im Schul- und Sportdepartement derart versagt. Es werden Ziele vorgegeben, doch die Verantwortlichen kaufen ein, was sie wollen, und es ist nicht bekannt, wie viel Geld ausgegeben wurde. Erst jetzt merkt der Stadtrat, dass gespart werden sollte, nachdem jahrelang kein Controlling gemacht wurde in diesem Bereich. In diesem Amt ist sehr viel Verbesserungspotenzial vorhanden.*

22 / 37

Samuel Dubno (GLP): Ich kann den Ärger zu einem gewissen Grad teilen. Dennoch stimmen wir dem Antrag des Stadtrats zu. Es wäre falsch, hier Einschränkungen vorzunehmen.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 8 | 50 5010 3135 0000 | Schul- und Sportdepartement Schulamt Lebensmittel | | |
| 16) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 836 000 | Mehrheit | Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Enthaltung | Samuel Dubno (GLP) |
| | Verbesserung | 836 000 | | |
| | Begründung | Mit gesprochenen Mitteln haushälterisch umgehen | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Debatte siehe Sitzung Nr. 58, Beschluss-Nr. 1122/2015).

Die Debatte wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 57, Beschluss-Nr. 1122/2015).

Rückkommensantrag zu Antrag 15)

Andreas Kirstein (AL) beantragt Rückkommen zum Antrag 15 und die Wiederholung der Abstimmung (siehe Sitzung Nr. 57, Beschluss-Nr. 1122/2015).

Der Rat stimmt dem Antrag von Andreas Kirstein (AL) stillschweigend zu.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|---|----------|--|
| S. 8 | 45 4540 3180 0000 | Departement der Industriellen Betriebe Verkehrsbetriebe Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter | | |
| 15) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 2 500 000 | Mehrheit | Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP) |

| | | | | | |
|--|--------------|---|--|------------|--|
| | Neu | 2 300 000 | | Minderheit | Samuel Dubno (GLP), Referent; Martin Bürli- mann (SVP), Roger Liebi (SVP) |
| | | | | Enthaltung | Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Verbesserung | 200 000 | | | |
| | Begründung | Zusatzkredite auf nicht beeinflussbare Ausgaben beschränken | | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 118 zu 1 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): 2010 bis 2014 waren die erwarteten Billag-Gebühren budgetiert, konnten jedoch infolge Nichtverrechnung durch die Billag nicht bezahlt werden. Die Billag machte Schwierigkeiten beim Erstellen von Sammelrechnungen geltend. Während die Billag Debitoren hat, denen sie mehrere 10 000 Franken nicht verrechnen kann oder will, schickt sie Kontrolleure zu den unbescholtenen Bürgerinnen und Bürgern. Der Billag-Topf ist auf jeden Fall prall gefüllt. In der schriftlichen Anfrage GR Nr. 2015/183 vom 18. März 2015 wurden allfällige Auswirkungen eines Ja zum revidierten Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (RTVG, 784.40) und die zu erwartenden Folgekosten nachgefragt. Die Antworten zeigten, dass sämtliche Kosten bekannt waren und korrekt budgetiert werden konnten. Unter dieser ordnungsgemässen Buchhaltungsführung soll und darf kein Zusatzkredit erforderlich sein. Der Betrag ist auf einer anderen Kostenstelle des Schul- und Sportdepartements (SSD) einzusparen.

Andrea Nüssli (SP): Dank dem revidierten RTVG werden die Gebühren in Zukunft direkt einkassiert. Auch das SSD muss Billag-Gebühren zahlen. Ich finde es auch nicht gut, dass die Gebühren nicht eingezahlt und nicht budgetiert wurden. Nichtsdestotrotz sind die 110 000 Franken jetzt fällig. Dieser Betrag kann an keiner anderen Stelle eingespart werden.

| | | | | | |
|------------|----------------------------------|---|--|----------|--|
| S. 9 | 50 5010 3187 0000 | Schul- und Sportdepartement Schulamt Steuern und Abgaben | | | |
| 17) | Anträge der RPK | | | | |
| | Antrag Stadtrat | 110 000 | | Mehrheit | Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |

24 / 37

| | | | | |
|--|--------------|----------------------------|------------|---|
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Verbesserung | 110 000 | | |
| | Begründung | An anderen Orten einsparen | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Mit dem Projekt ZOOM wird Druckerinfrastruktur an ein halbprivates Unternehmen ausgelagert. Die Verwaltung produziert pro Jahr bis zu 160 Millionen Blatt Papier und zeigt dadurch, dass sie die 2000-Watt-Gesellschaft nicht ernst nimmt. Es ist zwar löblich, die Papier- und Geldverschwendung eindämmen zu wollen, dies muss aber mit dem budgetierten Geld erfolgen.

Felix Moser (Grüne): Das Gesamtprojekt ZOOM führt innerhalb der Stadt zu Minderkosten von rund drei Millionen Franken. Es ist aber durchaus möglich, dass auf einzelnen Konten oder in einzelnen Dienstabteilungen mehr gedruckt wird als vorgesehen und budgetiert. Bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) fallen Mehrkosten in der Höhe von 15 000 Franken an.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 9 | 55 5530 3101 0000 | Sozialdepartement Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten | | |
| 18) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 15 000 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Verbesserung | 15 000 | | |
| | Begründung | Keine Zusatzkosten für Zoom | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

25 / 37

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Der Stadtrat begründet seinen Antrag damit, dass die Aktivitäten im neu renovierten Jugendkulturhaus Dynamo gestiegen seien. Mehr Anlässe führen zu einer Intensivierung von Reinigungstätigkeiten und somit zu Mehrkosten. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage der Stadt sind wir der Meinung, dass die Reinigungskosten auf die Benutzer umgewälzt werden müssen. Wir bitten den Stadtrat, in Zukunft genauer zu budgetieren.

Felix Moser (Grüne): Es ist erfreulich, dass im Jugendkulturhaus Dynamo mehr Anlässe stattfinden. Es wurde zum Teil sehr knapp budgetiert. Wenn jetzt mehr Reinigungskosten entstehen, müssen diese gezahlt werden.

| | | | | |
|------------|----------------------------------|--|------------|--|
| S. 9 | 55 5550 3141 0000 | Sozialdepartement Soziale Dienste Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV | | |
| 19) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 25 000 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Verbesserung | 25 000 | | |
| | Begründung | Genauer budgetieren | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 20)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Stelle war ursprünglich im Bereich Organisation und Informatik (OIZ) und wurde dann zur Stadtpolizei (Stapo) hinüberschoben. Irgendwann gab es dort für die Stelleninhaberin aber keine Aufgaben mehr, und es wurde nach anderen Möglichkeiten gesucht. Es sollen nicht über Stellenverschiebungen für einzelne Personen Positionen gesucht werden. Vielmehr müssen Stellen über klare Stellenbeschriebe eingeplant werden.

Walter Angst (AL): Die Stellenübertragung entspricht wahrlich nicht ganz den Vorgaben des Stadtrats betreffend der Stellenplafonierung. Überbrückungszuschüsse sind aber zu vermeiden. Für Personen, die in der Stadtverwaltung weiterarbeiten wollen und auch können, sollen Lösungen möglich sein, wie hier eine beantragt wird. In solchen Fällen muss dem Stadtrat eine gewisse Flexibilität gewährt werden. Wir erwarten allerdings, dass die Stelle bei der OIZ nicht so betrachtet wird, als wäre sie auf ewig geschaffen worden. Im Fall eines Rücktritts der jetzigen Stelleninhaberin ist eine Überprüfung nötig.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): Das von Walter Angst (AL) gezeichnete Szenario wird sich so bestimmt nicht abspielen.

| | | | | |
|------------|---|---|------------|--|
| S. 9 | 20 2080 von 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000 nach 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000 | Finanzdepartement Organisation und Informatik 2520 Stadtpolizei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge 2080 Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge | | |
| 20) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 162 000 | Mehrheit | Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürli-mann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Enthaltung | Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP) |
| | Begründung | Stelle wird nicht benötigt | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

27 / 37

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 47 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 21)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rolf Müller (SVP): *Der Betrag von 16 000 Franken ist nicht im ordentlichen Budget eingestellt. Kreditverschiebungen sind für die SVP nicht tragbar, da sie Intransparenz und Unübersichtlichkeit bewirken. Wir sind absolut nicht gegen die Zurverfügungstellung von solchen Praktika durch die Stadt; diese ermöglichen sicher einen guten Start in die Berufswelt. Solche Aufwendungen müssen aber ordentlich budgetiert werden.*

Felix Moser (Grüne): *Mit der geplanten Praktikumsstelle erhält jemand eine sinnvolle Beschäftigung und damit einen Start ins Berufsleben. Im Rahmen der Kreditübertragung wird nicht mehr Geld ausgegeben, sondern lediglich von einem Lohnkonto auf das andere übertragen.*

| | | | | |
|------------|---|--|------------|--|
| S. 10 | 30 3000 von 3010 0000 nach 3012 0000 | Gesundheits- und Umweltdepartement GUD Zentrale Verwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Löhne des Personals in Ausbildung | | |
| 21) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 16 000 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP) |
| | Begründung | Auf nächstes Budget budgetieren | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 22)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Thomas Schwendener (SVP): *Auch hier fordern wir eine ordentliche Budgetierung und*

somit eine Verschiebung auf das Budget 2016. Eine Planung muss realistisch sein, damit der Fahrplan auch eingehalten werden kann.

Christian Traber (CVP): Da die Projekte noch nicht so weit fortgeschritten sind, braucht man die Auslagen nicht für die Wartung, sondern zur Deckung der Projektkosten. Es handelt sich also um ein Nullsummenspiel.

| | | | | |
|------------|--|---|------------|--|
| S. 11 | 40 4000 von 3153 0000 3910 0000 nach 3189 0000 | Hochbaudepartement HBD Zentrale Verwaltung Unterhalt IT-Anlagen Software Vergütung an OIZ für IT-Leistungen Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter | | |
| 22) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 240 000 | Mehrheit | Christian Traber (CVP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Begründung | Auf nächstes Budget budgetieren | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 23)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andrea Nüssli (SP): Für das Aufstellen von 20 Plakat-Leuchtdrehsäulen braucht es technische und bauliche Bereitstellungen sowie eine Kreditübertragung. Die durch die Plakat-Leuchtdrehsäulen generierten Einnahmen geben der Stadt wieder Kredit, der sinnvoll genutzt werden kann.

Felix Moser (Grüne): Wir sind gegen die Plakat-Leuchtdrehsäulen, weil wir weniger Werbung wollen. Zwei weitere Gründe habe ich schon bei Antrag 12) genannt.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Wir sind der Meinung, es darf und soll Werbung gemacht werden. Möglicherweise ist uns hier ein kleiner Lapsus passiert, deshalb wechseln wir zur Kommissionsminderheit.

Dr. Urs Egger (FDP): Wir bleiben bei unserer Argumentation. Wir würden gerne genügend Werbung sehen, aber sie muss privat sein.

| | | | | |
|------------|--|--|------------|--|
| S. 11 | 40 4015 von 3180 0000 nach 500004 | Hochbaudepartement Amt für Städtebau Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter Übrige Tiefbauten | | |
| 23) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 600 000 | Minderheit | Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Enthaltung | Samuel Dubno (GLP) |
| | Begründung | Verzicht auf Erstellung von Plakat-Leuchtdrehsäulen | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 78 gegen 43 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 24)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Aus Sicht der Minderheit gibt es keinen Grund zu dieser Übertragung, da eine solche für uns früher oder später eine Teuerung zur Folge haben würde. Zwei Lehrpersonen würden zu städtischen Angestellten. Dadurch hätten sie ein höheres Lohnniveau und könnten viel mehr Funktionsstufen aufsteigen. Mit Überbrückungszuschüssen könnten sie auch frühzeitig in den Ruhestand treten. Zudem ist absehbar, dass die Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ) in ein paar Monaten klagen würde, sie habe zu wenig Lehrkräfte. Natürlich würde die Ratsmehrheit in der Budgetdebatte dann Lehrkräfte erlauben. Dem versuchen wir frühzeitig entgegenzuwirken.

Andrea Nüssli (SP): Zusätzlichen Lehrpersonen stimmen wir jeweils zu, weil es meist auch mehr Kinder hat. Hier geht es aber um zwei Prorektoren, die bisher als Lehrpersonen galten, faktisch aber als Verwaltungspersonen agierten. Somit geht es um eine Richtigstellung dieser Führungspersonen.

30 / 37

| | | | | |
|------------|---|--|------------|--|
| S. 12 | 50 5026 von 3020 0000 nach 3010 0000 | Schul- und Sportdepartement Musikschule Konservatorium Zürich Löhne der Lehrkräfte Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals | | |
| 24) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 350 000 | Mehrheit | Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Enthaltung | Vizepräsident Walter Angst (AL) |
| | Begründung | Übertragung der Stellenwerte unnötig | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 25)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Das Projekt ZOOM wurde 2012 in die Wege geleitet, um Drucker und Scanner auszulagern und Kosten zu sparen: Bestehende Ressourcen werden genutzt und die Anzahl der Geräte ist von 6000 auf rund 3000 gesunken. Die Auslagerung schafft nicht nur Kostenreduktionen, sondern auch Planungssicherheit. Mir ist nicht bekannt, wo die 3000 ausgemusterten Geräte verblieben sind, ich bin aber überzeugt, dass solche älteren Geräte wieder in Betrieb genommen werden können. Dadurch erübrigt sich die Anschaffung eines neuen, leistungsfähigeren Druckers und somit auch dieser Zusatzkredit. Das Projekt ZOOM soll keine Zusatzkosten generieren. Frühzeitig bekannte Kosten müssen korrekt budgetiert werden. Nur so lassen sich zwingend erforderliche Sparziele realisieren.

Andrea Nüssli (SP): Auch bei dieser Kreditübertragung geht es darum, eine korrekte Verbuchung zu erreichen.

31 / 37

| | | | | |
|------------|---|--|------------|--|
| S. 12 | 50 5063 von 3101 0000 nach 3161 0000 | Schul- und Sportdepartement Fachschule Viventa Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten Mieten und Benutzungskosten | | |
| 25) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 15 000 | Mehrheit | Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Begründung | Keine Zusatzkosten für ZOOM | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 26)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): *Der Stadtrat möchte die betroffenen Mitarbeiter vom Finanzdepartement (FD) zum Sozialdepartement (SD) verschieben. Eine solche Verschiebung von Mitarbeitern halten wir nicht für notwendig. Wir sind vielmehr der Meinung, dass der Mitarbeiterbestand auf eine mögliche Überkapazität hin zu überprüfen wäre. Zudem bitten wir den Stadtrat, in Zukunft ordentlich zu budgetieren.*

Felix Moser (Grüne): *Es geht hier um 0,45 Stellenwerte im Verwaltungszentrum Werd, wo die Sicherheits- und Notfallorganisation vom FD ins SD übertragen wurde. Die Kommissionsmehrheit findet diese Übertragung sinnvoll.*

| | | | | |
|------------|------------------------|---|------------|--|
| S. 13 | 55 | Sozialdepartement | | |
| | 5510 | Support Sozialdepartement | | |
| | von | | | 2000 FD Zentrale Verwaltung |
| | | 3010 0000 | | Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals |
| | | 3030 0000 | | Sozialversicherungsbeiträge |
| | | 3040 0000 | | Personalversicherungsbeiträge |
| | | 3050 0000 | | Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge |
| | | 3091 0000 | | Aus- und Weiterbildung des Personals |
| | | 3101 0000 | | Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten |
| | | 3136 0000 | | Medizinische Bedürfnisse |
| | | 3911 0000 | | Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen |
| | nach | | | 5510 Support Sozialdepartement |
| | | 3010 0000 | | Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals |
| | | 3030 0000 | | Sozialversicherungsbeiträge |
| | | 3040 0000 | | Personalversicherungsbeiträge |
| | | 3050 0000 | | Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge |
| | | 3091 0000 | | Aus- und Weiterbildung des Personals |
| | | 3101 0000 | | Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten |
| | | 3136 0000 | | Medizinische Bedürfnisse |
| | | 3911 0000 | | Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen |
| 26) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 54 400 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP) |
| | Begründung | Ordentlich budgetieren, Übertragung nicht notwendig | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 27)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Bei dieser Übertragung geht es gemäss Stadtrat um eine

strategische Neuausrichtung. Der IT-Support war einmal vom Laufbahnzentrum ausgelagert worden und wird jetzt wieder eingegliedert. Dieses Hin und Her macht nicht gerade den Eindruck einer langfristigen Strategie. Die Übung hätte bis zur nächsten ordentlichen Budgetsitzung warten können.

Felix Moser (Grüne): *Durch Rückführung der IT ins Laufbahnzentrum kann effizienter gearbeitet werden. Beim Bereitstellen von Arbeitsplätzen bieten insbesondere der Second Level-Support und die Fach-IT Unterstützung.*

Weitere Wortmeldung:

Samuel Dubno (GLP): *Die GLP wechselt aus der Enthaltung zur Minderheit. Wir möchten, dass gewisse Arbeiten in der Stadt vermehrt zentralisiert wahrgenommen werden. Die IT gehört dazu. Eine Föderalisierung der IT wäre ein Schritt zurück.*

| | | |
|-------|-------------|--|
| S. 14 | 55 | Sozialdepartement Laufbahnzentrum |
| | 5520 | |
| | von | 5510 Support Sozialdepartement |
| | 3010 0000 | Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals |
| | 3030 0000 | Sozialversicherungsbeiträge |
| | 3040 0000 | Personalversicherungsbeiträge |
| | 3050 0000 | Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge |
| | 3112 0000 | Anschaffungen IT-Anlagen Hardware |
| | 3113 0000 | Anschaffungen IT-Anlagen Software |
| | 3132 0000 | IT-Verbrauchsmaterialien |
| | 3152 0000 | Unterhalt IT-Anlagen Hardware |
| | 3153 0000 | Unterhalt IT-Anlagen Software |
| | 3189 0000 | Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter |
| | 3910 0000 | Vergütung an OIZ für IT-Leistungen |
| | nach | 5520 Laufbahnzentrum |
| | 3010 0000 | Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals |
| | 3030 0000 | Sozialversicherungsbeiträge |
| | 3040 0000 | Personalversicherungsbeiträge |
| | 3050 0000 | Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge |
| | 3112 0000 | Anschaffungen IT-Anlagen Hardware |
| | 3113 0000 | Anschaffungen IT-Anlagen Software |
| | 3132 0000 | IT-Verbrauchsmaterialien |
| | 3152 0000 | Unterhalt IT-Anlagen Hardware |
| | 3153 0000 | Unterhalt IT-Anlagen Software |
| | 3189 0000 | Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter |
| | 3910 0000 | Vergütung an OIZ für IT-Leistungen |

34 / 37

| | | | | |
|------------|-----------------|---|------------|---|
| 27) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 966 500 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | | | Enthaltung | Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP) |
| | Begründung | Ordentlich budgetieren, Übertragung nicht notwendig | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 69 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 28)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die Minderheit lehnt die Kreditübertragung aus grundsätzlichen Überlegungen heraus ab. Die Sachen sind planbar und müssen ordentlich budgetiert werden. Der Stadtrat begründet seinen Antrag damit, dass Vereinbarungen mit der Immobilien-Bewirtschaftung (IMMO) zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht klar waren. In einem solchen Fall müssen die Kosten mit Einsparungen an einem anderen Ort kompensiert werden.

Felix Moser (Grüne): Die Kosten waren zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt bzw. die Verhandlungen waren noch nicht abgeschlossen. Unterdessen ist klar, dass ein Zusatzkredit nötig ist.

| | | | | |
|------------|---|---|------------|--|
| S. 14 | 55 5550 von 3913 0000 nach 3141 0000 | Sozialdepartement Soziale Dienste Vergütung an IMMO für Raumkosten Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des VV | | |
| 28) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 35 000 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Begründung | Ordentlich budgetieren | | |

35 / 37

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 29)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roberto Bertozzi (SVP): Für die Umsetzung des Projekts ZOOM wurde bereits zu viel Geld ausgegeben. Bis heute konnten die mit ZOOM angestrebten Ziele nicht erreicht werden. Wir bitten den Stadtrat, weitere Zusatzkosten im Zusammenhang mit ZOOM zu vermeiden.

Felix Moser (Grüne): Das Projekt ZOOM ist abgeschlossen. Die Kosten konnten wunschgemäss gesenkt werden. Bei dieser Übertragung geht es um eine korrekte Verbuchung der Mietkosten für Multifunktionsgeräte.

| | | | | |
|------------|---|--|------------|--|
| S. 15 | 55 5560 von 3161 0000 nach 3101 0000 | Sozialdepartement Soziale Einrichtungen und Betriebe Mieten und Benutzungskosten Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten | | |
| 29) | Anträge der RPK | | | |
| | Antrag Stadtrat | 23 000 | Mehrheit | Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) |
| | Neu | 0 | Minderheit | Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP) |
| | Begründung | Keine Zusatzkosten für ZOOM | | |

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürlimann (SVP): In diesen Zusatzkrediten sind Zusatzwünsche und zusätzliche Kosten enthalten. Seit Jahren steigen alle Ausgaben. Seit 2011 sind die Schulden um

540 Millionen Franken gestiegen. 2014 beträgt die Nettoschuld 4,19 Milliarden Franken, und das Eigenkapital ist auf 667 Millionen Franken gesunken. 8,5 Milliarden Franken müssen dem Stadtrat reichen, um die Aufgaben zu erfüllen. Die Gesamtausgaben müssen sinken, dies muss auch in den Zusatzkrediten zum Ausdruck kommen. Die SVP lehnt weitere Zusatzkredite ab.

Dr. Urs Egger (FDP): *Da der Rat in den wenigsten Fällen der Argumentation der FDP gefolgt ist, lehnen wir die Zusatzkredite I. Serie 2015 ab.*

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivpunkte A–B

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivpunkten A–B.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivpunkte A–B.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
 Enthaltung: Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

A. Für das Jahr 2015 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

| Art | Laufende Rechnung Fr. | Investitionsrechnung Fr. |
|------------------------|----------------------------|-----------------------------|
| 1. Zusatzkredite | 7 417 700 | 5 715 200 |
| 2. Kreditübertragungen | + 1 131 600 – 1 731 600 | +5 900 000 –5 300 000 |
| Zusatzkredite brutto | 6 817 700 | 6 315 200 |

37 / 37

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

| | Laufende Rechnung Fr. | Investitions- rechnung Fr. |
|---|-----------------------------|----------------------------------|
| – den Zusatzkrediten von | 7 417 700 | 5 715 200 |
| – den Kreditübertragungen von | +1 131 600 | +5 900 000 |
| auf anderen Konten gegenüberstehen: | | |
| – verursachte Minderaufwendungen bzw. Minder- ausgaben aus den Kreditübertragungen von | – 1 731 600 | –5 300 000 |
| – Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minder- ausgaben/Mehreinnahmen aus den Zusatzkredi- ten von | – 2 640 300 | – |
| sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von | 4 177 400 | 6 315 200 |

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 15. Juli 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat